

FreiBrief aus Berlin

Juli 2024



THORSTEN FREI.

www.thorsten-frei.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

bei den Europawahlen und den Kommunalwahlen ging die CDU als klarer Wahlsieger hervor. Die 30 Prozent auf europäischer Ebene sind gewiss noch nicht das, was wir uns wünschen, aber im Vergleich zu den anderen Parteien der Mitte haben wir eine Million Stimmen hinzugewonnen.

Aber was nicht nur mir Sorge bereitet, ist die generelle Zersplitterung in den Parlamenten und Gemeindegremien. Im Deutschen Bundestag hat diese dafür gesorgt, dass unser Parlament zu einer ungewünschten Rekordgröße angewachsen und auch die Regierungsbildung schwieriger geworden ist. Beim Europaparlament oder bei den Gemeinderäten ohne Eingangsbarrieren wird der Trend zu Einzelinteressen weiter gefestigt, wodurch tragfähige Mehrheiten immer schwieriger zu erreichen sind, wie uns die Ampel seit 2021 permanent beweist.

Entsprechend kann ich die jüngsten Weckrufe der Bürgermeister gut nachvollziehen. In Freiburg sind 20 Listen angetreten und Vertreter von 17 Listen haben es in den Gemeinderat geschafft. In anderen Städten sieht es nicht viel besser aus. Neben der Schwierigkeit, Haushalte mit breiter Mehrheit zu erstellen, wird dieser Trend dazu führen, dass Entscheidungsprozesse noch mehr Zeit in Anspruch nehmen und Kompromisse anspruchsvoller werden. Keine gute Entwicklung, wenn man bedenkt, dass Deutschland vor allem an seiner Behäbigkeit krankt. Hier muss schnell gegengesteuert werden.

Herzlichst

Markus Lanz diskutiert über Islamismus und politischen Islam



Anfang Juni war ich wieder einmal in Hamburg zu Gast bei Moderator Markus Lanz und seiner gleichnamigen Talksendung. Die weiteren Diskutanten waren der Integrationsexperte Ahmad Mansour, die TAZ-Journalistin Anna Lehmann, der Migrationsforscher Gerald Knaus sowie ZDF-Korrespondent Ulf Röllner. Thematisch drehte sich die Sendung um den islamistischen Polizisten-Mord in Mannheim, um Probleme mit Islamismus und dem politischen Islam sowie notwendige Schlussfolgerungen der Politik. In der Sendung betonte ich, dass wir ein islamistisches Attentat erlebt haben und dass ein solcher Mord hart bestraft werden müsse. Das ist in Deutschland Sache der Gerichte. Für die Politik ist entscheidend, dass die richtigen Schlüsse gezogen werden. Das erwarten die Menschen. Das betrifft die Benennung des Problems und die Frage, wie man damit umgeht. Das betrifft insbesondere die Gefahr des Islamismus und des politischen Islams. Die Bundesregierung hat bis heute keinen 360-Grad-Blick und es geht auch um das Maß an Migration, das heute zu groß ist, so dass Integration scheitert und sich Parallelgesellschaften herausbilden. Die vollständige Sendung ist in der ZDF-Mediathek abrufbar: <https://www.zdf.de/gesellschaft/markus-lanz/markus-lanz-vom-4-juni-2024-100.html>.

Der Bundesverkehrsminister scheint nicht daran zu glauben, 2025 noch politische Verantwortung zu tragen

Mitte Juni hat der Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat eine Einigung bei vier strittigen Gesetzen getroffen. Die Ergebnisse wurden auch im Bundestag debattiert. In meiner Rede ging ich vor allem auf das Bundesschienenwegeausbaugesetz ein. Mit dem Gesetz der Ampel wird nur erreicht, dass die



toxischen Strukturen der Deutschen Bahn verstärkt und perpetuiert werden. Dazu kommt, dass die Einigung im Vermittlungsausschuss

mit ganz erheblichen zusätzlichen Belastungen für den Bundeshaushalt verbunden ist. Dass der Bundesverkehrsminister trotzdem die Annahme der Änderungen akzeptiert und empfiehlt, spricht eher dafür, dass er davon ausgeht, dass er nach 2025, wenn die wesentlichen Teile des Gesetzes umgesetzt werden, keine politische Verantwortung mehr tragen wird. Wie es besser werden könnte, haben wir als Unionsfraktion mit einer Reihe von Vorschlägen bereits im vergangenen Jahr aufgezeigt. Das ist möglich, indem man zum Beispiel die Holding entflechtet, Transparenz bei den Ausgaben schafft und die Schieneninfrastruktur vom Transport trennt. Meine Rede im Deutschen Bundestag dazu können Sie hier anschauen:

<https://youtu.be/-h76NeqF9Pk>

Islamisten, Gefährder und Straftäter müssen auch nach Afghanistan abgeschoben werden



Im ZDF-Morgenmagazin habe ich mich beim „MoMa-Duell“ noch einmal für Abschiebungen von Islamisten, Gefährdern, Terroristen oder Straftätern ohne deutsche Staatsbürgerschaft auch in schwierige Länder wie Afghanistan oder Syrien ausgesprochen. Alles entscheidend ist die Sicherheit der deutschen Bevölkerung, die in jedem Fall das Bleibeinteresse des Straftäters überwiegt. Aufgabe der Politik ist es, Wege zu finden, solche Personen außer Landes zu bringen. Die Haltung meines Counterparts Julian Pahlke von den Grünen sowie die generelle Haltung

seiner Partei zeigt, warum das Ergebnis der Europawahl ist, wie es ist. 80% der Menschen wollen solche Abschiebungen, aber die Grünen argumentieren, dass solche Islamisten in Afghanistan einer Gefahr ausgesetzt wären. Das ist Quatsch. Sie sind dort Teil des Systems! Das ganze MoMA-Duell sehen Sie in der ZDF-Mediathek: <https://www.zdf.de/nachrichten-sendungen/zdf-morgenmagazin/moma-duell-abschiebung-frei-pahlke-100.html> Um dieses Thema ging es auch noch einmal beim Podcast „FAZ-Ein-spruch“: <https://open.spotify.com/episode/1S9a2hdvxPTbcPB0DBsYT3>

Union für Aufarbeitung der AKW-Abschaltung



Als CDU und CDU setzen wir im Bundestag einen Untersuchungsausschuss zur Abschaltung der letzten drei Kernkraftwerke durch die Ampel im Jahr 2022 ein. Schließlich deuten viele Indizien darauf hin, dass ideologische Gründe und parteipolitische Interessen für Wirtschaftsminister Habeck und Umweltministerin Lemke den Ausschlag gegeben haben, obwohl explodierende Preise die Menschen und Unternehmen bis heute massiv belasten. Hier wollen wir Transparenz schaffen, da bisher alle Informationen von den zuständigen Ministern nur auf Druck von Medien und Gerichten herausgegeben wurden. Die Bürger aber haben ein Recht zu erfahren, warum Strom bei uns so teuer wie nirgends auf der Welt ist. Zumal das Versprechen, dass Strom durch den grünen Umbau billiger wird, in keiner Weise eingetreten ist! Zu diesem Thema habe ich mich unter anderem im ARD „Morgenmagazin“ geäußert:

<https://www.ardmediathek.de/video/morgenmagazin/habeck-akten-union-fordert-untersuchungsausschuss/das->

[erste/Y3JpZDovL2Rhc2Vyc3RlLm-RIL21vcmdlbn1hZ2F6aW4vN2RhM2Y4MTY-tODEzZi00ZmExLTlmODktN2JhMDNlMTcxOWE2.](https://youtu.be/1t9vVe2nCntg)

Bei Phoenix: <https://youtu.be/1t9vVe2nCntg>.

Austausch mit der thüringischen CDU-Landtagsfraktion



Auf Einladung des thüringischen CDU-Landesvorsitzenden Mario Voigt war ich zu Gast bei der Klausurtagung der thüringischen CDU-Fraktion in Berlin. Gemeinsam erörterten die teilnehmenden Bundestags- und Landtagsabgeordneten, wie es gelingen könne, im Bund und auch in Thüringen einen Richtungswechsel hinzubekommen. Einigkeit herrschte, dass es dazu gute bürgerliche Politik, Sacharbeit und Lösungen für die Alltagsorgen der Menschen brauche. Wir haben die entscheidenden Themen identifiziert: Begrenzung der Migration, bezahlbare Energie, wettbewerbsfähige Steuern und mehr Leistungsgerechtigkeit sowie bezahlbarer Wohnraum. Wir wollen das gemeinsam mit den Menschen hinbekommen. Wir werden jetzt den Rückenwind unseres guten Europawahlergebnisses mit in die wichtigen Landtagswahlen im Osten im September nehmen und weiter für Vertrauen werben. Schließlich sind einfache Antworten und Populismus am Ende keine Lösung für komplexe Herausforderungen. Erst recht sind sie keine Basis dafür, dass Deutschland seinen Wohlstand sichern kann.

Schüler der Gemeinschaftsschule Mönchweiler zu Gast im Bundestag

19 Schülerinnen und Schüler der 9. Klassen sowie zwei Klassenlehrer der Gemeinschaftsschule Mönchweiler haben mich im Juni im Bundestag besucht, um mehr



über Politik zu erfahren und hinter die Kulissen des Parlaments zu blicken. Nachdem der eigentlich für Dienstag geplante Besuch des Parlaments aufgrund der Rede des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj vor dem Parlament kurzerhand ausfallen musste, konnte das Treffen spontan am Donnerstag nachgeholt werden. Ganz besonders hat mich das lebhaftere Interesse der Schüler gefreut, die sehr breit an politischen Entwicklungen interessiert waren. Natürlich durfte am Ende ein gemeinsames Erinnerungsfoto nicht fehlen.

Interview mit Schülern zu Sicherheitsfragen für Landeswettbewerb



Mit Uljana Grebennikova, Marcus Graf und Annika Hauser, habe ich auf Anfrage ein Interview zu Sicherheitsfragen und -bedrohungen sowie möglich Reaktionen des Staates gegeben. Anlass ist ein Schülerwettbewerb des Landtages, an dem die drei Schüler des Technischen Gymnasiums der Feintechnikschule Schweningen teilnehmen. Hierfür erstellen sie eine 12-minütige Dokumentation, in der mehrere Gefragte Rede und Antwort stehen.

Interview bei der Neckarquelle

Im traditionellen Sommerinterview mit Prof. Dr. Ralf Trautwein von der Neckarquelle waren die Arbeitsmi-



gration von Flüchtlingen aus der Ukraine, die Unterstützung der Ukraine mit Waffen, die Diskussion über Abschiebung von Migranten nach schweren Straftaten und der Umgang mit der AfD die wesentlichen Themen. Mit der Übernahme der Neckarquelle durch die Mediengruppe Schwarzwälder Bote ist zum Juli-Beginn die Lokalredaktion der Neckarquelle in Schweningen aufgelöst worden, wodurch die Medienlandschaft in meinem Wahlkreis aus betriebswirtschaftlichen Gründen leider weiter ausgedünnt wurde. An dieser Stelle möchte ich mich bei den Redaktionsmitgliedern für die journalistische Begleitung sowie das gute und professionelle Miteinander in den vergangenen Jahren bedanken.

Unterstützung für Zahnarzt-Protest



Die Zahnärzte sind Mitte Juni unter dem Motto „Wir müssen reden...“ auf die Straße gegangen, auch in Villingen-Schwenningen, um für Verständnis für die eigenen Forderungen zu werben. Es geht ihnen hauptsächlich um die finanzielle Absicherung der Praxen. Durch die bestehende Budget-Deckelung stecken die Zahnärzte in einer Zwickmühle. Sie haben Verantwortung für das Personal oder auch den Druck in neue Technik zu investieren. Kritisiert wird auch die „Digitalisierung“. Statt zu entlasten, habe diese nur mehr Aufwand gebracht, sagen die Zahnärzte. So verbringe

der Zahnarzt inzwischen mehr als 24 Stunden pro Woche für Verwaltungsarbeit. Viel Zeit, die der Zahnarzt nicht für seine Patienten hat. Im Vorfeld des Protesttags sprach ich mit den Zahnärztinnen Julia Richter aus Bad Dürkheim und Petra Krauß, der Kreisvorsitzenden der Zahnärzteschaft, über die Situation. Ich unterstütze die Forderungen der Zahnärzte, zumal die Vergütung für Behandlungen inzwischen auf dem nicht mehr tragbaren Niveau der späten 1980er-Jahre liegt.

„Jobturbo“ hilft Flüchtlingen schneller ins Arbeitsleben



Geflüchtete aus der Ukraine schneller in den Arbeitsmarkt integrieren, gelingt in Deutschland deutlich schlechter als in unseren Nachbarländern. Andererseits suchen Unternehmen händeringend nach Mitarbeitern. Auch wenn er bundesweit kein durchschlagender Erfolg ist, sieht man den „Jobturbo“ in der Arbeitsagentur Rottweil-Villingen-Schwenningen als nützliches Instrument. Wie beim Speeddating treffen sich Arbeitssuchende wie Arbeitgeber beispielsweise im Rahmen von Messen und umgehen so das oft wenig erfolgsversprechende Bewerbungsprozedere. So kam die Firma Alpro Medical GmbH in St. Georgen zur dringend benötigten Verstärkung durch ein ukrainisches Paar. Über diesen neuen Vermittlungsweg sprach ich mit der Geschäftsleitung des Unternehmens und Vertretern der Arbeitsagentur.

Wahlkampf-Endspurt in Donaueschingen

Dem Stadtverbandsvorsitzenden Martin Lienhard und den Kandidaten auf den CDU-Listen gratulierte ich am Samstag vor den Kommunalwahlen für ihren engagierten Wahlkampf in der Donaustadt und wünschte viel Erfolg am Wahlsonntag. Zudem bot der Morgen für mich die Gelegenheit, mit vielen Passanten in der Donaueschinger Innenstadt ins Gespräch zu kommen.



Grußwort beim Schwarzwaldvereinsjubiläum in Schonach



Der Schwarzwaldverein Schonach feierte jüngst die Wiedergründung des Ortsvereins vor 50 Jahren. Gleich zwei Mal gab es schon vor rund 100 Jahren einen Schwarzwaldverein in der Gemeinde, allerdings von jeweils nur kurzer Dauer. Dem dritten Anlauf war mehr Erfolg beschieden. Zu den nunmehr zurückliegenden fünf Jahrzehnten Vereinsleben gratulierte ich im voll besetzten Haus des Gastes.

Schwächelnde Wirtschaft Thema beim „Treffpunkt Fraktion“ in Krefeld und Füssen



Deutschland steckt in einer Wirtschaftskrise und wird seit Monaten in jedem Wirtschafts- und Wettbewerbsranking nach hinten durchgereicht. In nur zwei Jahren Ampel-Regierung hat das Land seine Spitzenposition eingebüßt und aktuell deutet wenig daraufhin, dass sich die Situation bessern könnte. Welche Weichen muss Deutschland stellen, um wieder wirtschaftlich an Fahrt zu gewinnen und an die Spitze zurückzukehren? Um Antworten auf diese Frage ging es beim „Treffpunkt Fraktion“ im Festspielhaus Neuschwanstein in Füssen sowie auf der Krefelder Rennbahn. Dort sprach ich in den Wahlkreisen sowohl meines Fraktionskollegen Stephan Stracke als auch der Kollegin Kerstin Radomski vor jeweils über hundert Zuhörern und war anschließend Teil einer Podiumsdiskussion rund um Wirtschaftsthemen.

Herzliche Einladung zur Bürgersprechstunde



Bundestagsbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 73 972
Fax: (030) 227 76 972

Wahlkreisbüro

Justinus-Kerner-Str. 5
78048 Villingen-Schwenningen
Tel.: (07721) 99 535 44
Fax: (07721) 99 535 45



thorsten.frei@bundestag.de



www.thorsten-frei.de



ThorstenFreiCDU



thorsten.frei



Thorsten Frei